

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 05 | 31.01.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

PLATZ FÜR DICH!

Wissenschaftliche/r ProjektassistentIn mit Diplom/Master (Vollzeit, befristet auf 2 Jahre) gesucht!

Das LIT Law Lab der Johannes Kepler Universität Linz bietet mit Unterstützung der Energie AG Oberösterreich die Möglichkeit, im Rahmen des Projekts „Energierrecht in der digitalen Welt“ zu forschen. Bewerben Sie sich jetzt und werden Sie Teil einer dynamischen Forschungsgruppe im LIT Open Innovation Center!

Alle Informationen zur Stellenausschreibung und Bewerbung finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 8/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (**Bundesministeriengesetz-Novelle 2020**) (Neuordnung der Ministerialkompetenzen entsprechend den Vereinbarungen, die anlässlich der im Gefolge der Nationalratswahl 2019 erfolgten Bildung einer von der Österreichischen Volkspartei und den Grünen getragenen Bundesregierung getroffen wurden)

[BGBl II 15/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend **anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten 2020**

[BGBl II 16/2020 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffend den Frauenförderungsplan für den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (**FFP BMBWF**)

[BGBl II 20/2020](#)

Geschäftsverteilung der Volksanwaltschaft, ihrer Kommissionen und des Menschenrechtsbeirates (**GeV der VA 2020**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 21 v 27.01.2020, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/111 der Kommission vom 13. Januar 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1998 in Bezug auf die Zulassung von Ausrüstungen für die **Sicherheit** in der Zivilluftfahrt sowie in **Bezug auf Drittländer**, die anerkanntermaßen Sicherheitsstandards anwenden, die den gemeinsamen Grundstandards für die Sicherheit in der **Zivilluftfahrt** gleichwertig sind

[ABI L 29 v 31.01.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/135 des Rates vom 30. Januar 2020 über den Abschluss des Abkommens über den **Austritt** des Vereinigten Königreichs **Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft

[ABI L 29 v 31.01.2020, 7](#)

Abkommen über den **Austritt** des Vereinigten Königreichs **Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.11.2019, [E 3541/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** mangels Begründung der – mündlich verkündeten – Entscheidung betreffend die Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** eines Staatsangehörigen der Türkei

03.12.2019, [V 83/2019](#) (Anlassfall [E 252/2019](#))

Tir GemO; Gesetzwidrigkeit einer VO betreffend die **Erklärung einer Straße zur Gemeindestraße** wegen erheblichen Verfahrensmangels bei der Erlassung; Verletzung des Öffentlichkeitsgebots mangels Aufnahme eines eigenen Tagesordnungspunkts für die Behandlung der zu erlassenden VO

03.12.2019, [G 234/2019](#)

ZivilprozessO; keine Verletzung im Gleichheitsrecht durch eine Bestimmung der ZivilprozessO betreffend den **Ausschluss der Kostenersatzpflicht des einfachen Nebenintervenienten** im Fall des Unterliegens der Hauptpartei mangels eigenständigen Einflusses auf den Ausgang des Verfahrens; Bindungswirkung zur Prozessbeteiligung nach Streitverkündung steht angesichts der Möglichkeit zur effektiven Rechtsverteidigung und Einleitung eines Zwischenverfahrens zur Zurückweisung der Nebenintervention im Einklang mit dem Recht auf ein faires Verfahren

04.12.2019, [G 156/2019](#) (Anlassfall [E 1086/2018](#))

UmgründungssteuerG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch eine Bestimmung des UmgründungssteuerG betreffend die **Berechnung der Grunderwerbsteuer** vom zweifachen Einheitswert bei einer Vermögensübertragung auf Grund eines Einbringungsvertrags; keine sachgerechte Bewertung von Grundstücken im Rahmen des UmgründungssteuerG durch die Anknüpfung an den Einheitswert

04.12.2019, [G 159/2019 ua](#) (Anlassfall [E 4256/2018](#))

BundesabgabenO; Unsachlichkeit der für **Wiederaufnahmeanträge** geltenden Frist betreffend Anträge auf Aufhebung eines „abgeleiteten“ Bescheids wegen absoluter Nichtigkeit des „Grundlagenbescheides“ nach der BundesabgabenO

04.12.2019, [E 1199/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen der Demokratischen Republik Kongo; Verkennung der Rechtslage durch Prüfung der Verletzung der von Art 3 EMRK geschützten Rechte eingeschränkt auf Akteure oder einen bewaffneten Konflikt

11.12.2019, [A 16/2019](#)

Wr Wetteng; Abweisung einer Klage auf **Herausgabe beschlagnahmter Wettgeräte**; Beschlagnahmebescheid auch bei Erlassung gegenüber Inhabern von Wettgeräten rechtswirksam; Einräumung eines Beschwerderechts für Eigentümer auch bei Zustellung des Beschlagnahmebescheids an den Geräteinhaber

11.12.2019, [G 40/2019 ua](#)

KonsumentenschutzG; **Wr ChancengleichheitsG**; keine Verletzung im Gleichheitsrecht und dem Bestimmtheitsgebot durch **konsumentenschutzgesetzliche Verpflichtungen zur Vertragsgestaltung von Heimträgern** im Bereich der Sozial- und Behindertenhilfe zum Zweck bestmöglicher Kostentransparenz für die Betreuten; Eingriff in Vertragsfreiheit durch verpflichtende Angabe der von der Sozial- oder Behindertenhilfe gedeckten Leistungen verhältnismäßig zum Verbraucherschutz

12.12.2019, [E 2692/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen mangels Heranziehung und Auseinandersetzung mit den aktuellen Länderberichten des EASO

12.12.2019, [E 3369/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen mangels Auseinandersetzung mit den Länderberichten des EASO

13.12.2019, [A 22/2019](#)

Ktn KlubfinanzierungsG; Zurückweisung einer Klage des Landes Kärnten gegen den Klub der Grünen im Kärntner Landtag auf Rückzahlung des Landesbeitrags zur Klubförderung mangels **Passivlegitimation des Klubs**; Landtagsklub als juristische Person mit eigener Rechtsfähigkeit keine passivlegitimierte Gebietskörperschaft

13.12.2019, [E 2855/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** und Erlassung von **Rückkehrentscheidungen** betreffend eine Familie ägyptischer Staatsangehöriger mangels Begründung der – mündlich verkündeten – Entscheidung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

18.12.2019, [Ro 2019/14/0006](#)

VerfahrensRL; Vorlage von **Vorabentscheidungsfragen** an den EuGH betreffend die VerfahrensRL; erfassen die in Art 40 Abs 2 und Abs 3 der VerfahrensRL, enthaltenen Wendungen „neue Elemente oder Erkenntnisse“, die „zutage getreten oder vom Antragsteller vorgebracht worden sind“, auch solche Umstände, die bereits vor rechtskräftigem Abschluss des früheren Asylverfahrens vorhanden waren; bei Bejahung dieser Frage stehen weitere Fragen zur Spezifizierung im Raum

18.12.2019, [Ra 2019/03/0053](#)

RL für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes; die **Anerkennung einer Ausbildungsveranstaltung** gem § 36 RL für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes setzt – neben den an eine derartige Veranstaltung gestellten inhaltlichen Erfordernissen – voraus, dass der Antragsteller im Zeitpunkt der Teilnahme an der Ausbildungsveranstaltung als Rechtsanwaltsanwärter tätig

war und in eine Liste der Rechtsanwaltsanwärter eingetragen war; Veranstaltungen, die während den anerkannten Ersatzzeiten oder in Zeiten der praktischen Verwendung bei Gericht oder einer Staatsanwaltschaft absolviert werden, sind hingegen nicht anzuerkennen

19.12.2019, [Ra 2018/07/0454](#)

UmweltinformationsG; ein Informationsbegehren zu **Umweltinformationen** ist als Antrag auf **Bescheiderlassung** im Verweigerungsfall zu verstehen; Voraussetzung für die Erlassung eines Bescheids ist, dass die verlangten Umweltinformationen nicht oder nicht im begehrten Umfang mitgeteilt werden

19.12.2019, [Ra 2019/07/0099](#)

WasserrechtsG; der Geschäftsführer einer Genossenschaft, dem nach der Satzung der Genossenschaft eine allgemeine und uneingeschränkte **Vertretungsbefugnis** der Genossenschaft nach außen zuerkannt worden ist, ist berechtigt und befugt, ohne interne Willensbildung bzw Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung in Vertretung der Genossenschaft ein **Rechtsmittel** (für das kein Anwaltszwang besteht) in einem **Verwaltungsverfahren** zu erheben

19.12.2019, [Ro 2019/07/0012](#)

GewO; **WasserrechtsG**; eine **gewerbebehördliche Genehmigung**, in der **kein Maß der Wasserbenutzung festgelegt** worden ist, ist gem § 356b Abs 1 Z 3 GewO iVm § 13 Abs 2 WasserrechtsG nach dem Bedarf des Unternehmens im Genehmigungszeitpunkt auszulegen; des Weiteren gilt eine gewerbebehördliche Genehmigung iSd § 356b Abs 1 Z 3 GewO gem § 80 Abs 5 leg cit für den jeweiligen Inhaber der Betriebsanlage – unabhängig von der Bestimmung des § 22 WasserrechtsG – als wasserrechtliche Bewilligung

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 20.01.2020, [LVwG-750784](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; maßgeblich für den Studienerfolg nach § 64 Abs 2 Niederlassungs- und AufenthaltsG iVm § 8 Z 8 lit b Niederlassungs- und AufenthaltsG-DurchführungsVO ist das abgeschlossene und nicht das aktuell laufende Studienjahr; da **Verlängerungsanträge** gem § 24 Abs 1 Niederlassungs- und AufenthaltsG vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitels einzubringen sind, kann dann, wenn aufgrund der Dauer des Verlängerungsverfahrens bereits ein weiteres Studienjahr verstrichen ist, auch der Erfolgsnachweis des jüngst abgelaufenen Studienjahrs für die Prüfung der Verlängerungsvoraussetzungen herangezogen werden, wobei in diesem Fall ein fehlender Studienerfolg in früheren Studienjahren nicht zur Abweisung des Verlängerungsantrags führt; hat jedoch der Bf auch im jüngst abgelaufenen Studienjahr weder die geforderten Mindest-ECTS bzw Semesterstunden erfüllt noch zwischenzeitig neue ECTS oder Semesterstunden oder ein ordentliches Studium nachgewiesen, ist die Beschwerde als unbegründet abzuweisen

LVwG Oö 28.01.2020, [LVwG-000390](#)

EU-Qualitätsregelungen-DurchführungsG; aus Art 23 Abs 5 EU-Bio-VO 834/2007/EG ergibt sich, dass die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen zu treffen haben, um die Einhaltung „dieses Artikels“, nämlich des Art 23 leg cit, sicherzustellen; Art 23 Abs 5 leg cit ermächtigt also den nationalen Gesetzgeber nur zur **strafrechtlichen Sanktionierung von Verletzungen** der in Art 23 leg cit normierten Kennzeichnungsge- und -verbote, nicht aber darüber hinaus auch dazu, eine Übertretung von sonstigen mit der EU-Bio-VO normierten Ordnungsvorschriften in einer strafrechtlichen zu ahnden; davon ausgehend erweist sich § 18 Abs 1 Z 1 lit a EU-Qualitätsregelungen-DurchführungsG insoweit als unionsrechtswidrig und demgemäß als nicht anwendbar, als mit dieser Bestimmung auch über Art 23 EU-Bio-VO hinausreichende Zuwiderhandlungen zu Verwaltungsübertretungen erklärt und mit Geldstrafen sanktioniert werden

Hinweis: Die Rechtssätze des LVwG Oö werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa 2 Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Wien 02.01.2020, [VGW-101/056/3813/2019](#)

BundesG über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften; IslamG; im Verfahren betreffend den **Antrag einer religiösen Bekenntnisgemeinschaft auf Erwerb der Rechtspersönlichkeit** kommt lediglich der Antragstellerin sowie jenen Vereinen Parteistellung zu, deren Zweck in der Verbreitung der Religionslehre der religiösen Bekenntnisgemeinschaft besteht; anerkannten Religionsgemeinschaften, wie die Bf dies ist, werden dadurch keine subjektiv-öffentlichen Rechte eingeräumt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[28.01.2020, Rs C-122/18, Kommission/Italien \(Directive lutte contre le retard de paiement\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2011/7/EU – Bekämpfung von **Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr** – Geschäftsvorgänge mit einer **öffentlichen Stelle** als Schuldner – Pflicht der Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass die den öffentlichen Stellen gewährte Zahlungsfrist 30 oder 60 Tage nicht überschreitet – Erfolgspflicht

[29.01.2020, Rs C-371/18, Sky ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Gemeinschaftsmarke – Verordnung (EG) Nr 40/94 – Art 7 und 51 – Erste Richtlinie 89/104/EWG – Art 3 und 13 – Bestimmung der von der Eintragung erfassten Waren oder Dienstleistungen – Nichteinhaltung der Erfordernisse der Klarheit und der Eindeutigkeit – **Bösgläubigkeit des Anmelders** – Fehlende Absicht, die Marke für die von der Eintragung erfassten Waren oder Dienstleistungen zu benutzen – Vollständige oder teilweise Nichtigkeit bzw **Ungültigkeit der Marke** – Nationale Rechtsvorschriften, die den Anmelder zu der Erklärung verpflichten, dass er die Absicht hat, die angemeldete **Marke zu benutzen**

[29.01.2020, Rs C-785/18, GAEC Jeanningros](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – Schutz der geografischen Angaben und der **Ursprungsbezeichnungen** für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel – Geschützte Ursprungsbezeichnung ‚Comté‘ – Geringfügige Änderung einer **Produktspezifikation** – Vor nationalen Gerichten angefochtener **Antrag auf Änderung** – Rechtsprechung nationaler Gerichte, wonach der Rechtsbehelf gegenstandslos wird, wenn die Europäische Kommission die Änderung genehmigt hat – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Pflicht zur Entscheidung über den Rechtsbehelf

[30.01.2020, Rs C-156/17, Köln-Aktienfonds Deka](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapital- und Zahlungsverkehr – Beschränkungen – **Besteuerung von Dividenden**, die an Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) ausgeschüttet werden – Erstattung der auf Dividenden einbehaltenen Steuer – Voraussetzungen – Objektive Differenzierungskriterien – Kriterien, die ihrer Art nach oder **de facto vorteilhaft** für **inländische Steuerpflichtige** sind

[30.01.2020, Rs C-394/18, JGI](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 82/891/EWG – Art 12 und 19 – **Spaltungen von Gesellschaften** mit beschränkter Haftung – Schutz der **Interessen der Gläubiger** der gespaltenen Gesellschaft – Nichtigkeit der Spaltung – Actio pauliana

[30.01.2020, Rs C-395/18, Tim](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Vergabe öffentlicher Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Art 18 Abs 2 – Art 57 Abs 4 – **Fakultative Ausschlussgründe** – Ausschlussgrund, der einen im Angebot des Wirtschaftsteilnehmers genannten Unterauftragnehmer trifft – **Verstoß des Unterauftragnehmers** gegen die umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen – Nationale Regelung, die für einen solchen Verstoß den **automatischen Ausschluss** des Wirtschaftsteilnehmers vorsieht

[30.01.2020, Rs C-513/18, Autoservizi Giordano](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom – Richtlinie 2003/96/EG – Art 7 Abs 2 und 3 – Begriff ‚**gewerblich genutztes Gasöl**, das als Kraftstoff verwendet wird‘ – Nationale Regelung, die für gewerblich genutztes Gasöl, das zur regelmäßigen und nicht zur gelegentlichen **Personenbeförderung** als Kraftstoff verwendet wird, einen **ermäßigten Verbrauchsteuersatz** vorsieht – Grundsatz der Gleichbehandlung

[30.01.2020, Rs C-524/18, Dr Willmar Schwabe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Gesundheit – Information und Verbraucherschutz – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – Durchführungsbeschluss 2013/63/EU – Nährwert- und gesundheitsbezogene **Angaben über Lebensmittel** – Art 10 Abs 3 – Verweis auf allgemeine, **nicht spezifische Vorteile** – Begriff ‚beifügen‘ einer speziellen gesundheitsbezogenen Angabe – Verpflichtung zur **Erbringung wissenschaftlicher Nachweise** – Umfang

[30.01.2020, Rs C-725/18, Anton van Zantbeek](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 56 AEUV – Art 36 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum – Freier Dienstleistungsverkehr – Steuer auf in einem Mitgliedstaat abgeschlossene oder ausgeführte **Börsengeschäfte** – Ungleichbehandlung zum **Nachteil von Dienstleistungsempfängern**, die sich **gebietsfremder gewerblicher Vermittler** bedienen – Beschränkung – Rechtfertigung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[29.01.2020, Rs C-762/18 u C-37/19, Varhoven kasatsionen sad na Republika Bulgaria \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – Art 31 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – **Rechtswidrige Entlassung** und spätere gerichtlich angeordnete Wiederbeschäftigung eines Arbeitnehmers – **Ausschluss des Anspruchs** auf bezahlten **Jahresurlaub**, der für die Zeit von der Entlassung bis zu seiner Wiederbeschäftigung nicht genommen worden ist – Kein Anspruch auf finanzielle Vergütung für nicht genommenen Jahresurlaub für denselben Zeitraum bei späterer Beendigung des Arbeitsverhältnisses

[29.01.2020, Rs C-796/18, Informatikgesellschaft für Software-Entwicklung \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Begriff des entgeltlichen Vertrags – Horizontale Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Auftraggebern – **Überlassung von Einsatzleitstellensoftware** für Feuerwehren – **Kooperationsvereinbarung** zur Aktualisierung und Weiterentwicklung von Software – Tätigkeiten, die öffentliche Dienstleistungen ergänzen – Verbot der Besserstellung Dritter

[29.01.2020, Rs C-37/19 u C-762/18, Iccrea Banca \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – Art 31 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – **Rechtswidrige Entlassung** und spätere gerichtlich angeordnete Wiederbeschäftigung eines Arbeitnehmers – **Ausschluss des Anspruchs** auf bezahlten **Jahresurlaub**, der für die Zeit von der Entlassung bis zu seiner Wiederbeschäftigung nicht genommen worden ist – Kein Anspruch auf finanzielle Vergütung für nicht genommenen Jahresurlaub für denselben Zeitraum bei späterer Beendigung des Arbeitsverhältnisses

[30.01.2020, Rs C-654/18, Interseroh \(GA Sharpston\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Umwelt – **Abfälle** – Verbringung von Abfällen innerhalb der Europäischen Union – Verordnung (EG) Nr 1013/2006 – Einstufung eines **Gemischs aus Papierabfällen** – Basler Übereinkommen – Für in der grünen Liste aufgeführte Abfälle **geltendes Kontrollverfahren** – Einstufung eines Störstoffe enthaltenden Gemischs aus Papierabfällen

[30.01.2020, Rs C-786/18, ratiopharm \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der öffentlichen Gesundheit – Binnenmarkt – Humanarzneimittel – Werbung – Kostenlose Abgabe von Arzneimittelmustern an die zur Verschreibung der **Arzneimittel berechtigten Personen** – Ausschluss der Apotheker von der **kostenlosen Abgabe von Arzneimittelmustern**

C. GERICHT

[30.01.2020, Rs T-168/17, CBA Spielapparate- und Restaurantbetrieb/Kommission](#)

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – **Dokumente zum Verwaltungsverfahren** betreffend eine staatliche Beihilfe, die die österreichischen Behörden den Inhabern einer Konzession nach dem Glücksspielgesetz gewährt haben sollen – **Verweigerung des Zugangs** – Ausnahme zum Schutz des Zwecks von **Inspektions-, Untersuchungs- und Auditfähigkeiten** – Überwiegendes öffentliches Interesse – Begründungspflicht – Einrede der Rechtswidrigkeit

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

30.01.2020, Beschwerde Nr [50001/12](#), *Breyer / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Rechtmäßigkeit** des **Verbots anonymer Prepaid-SIM-Karten**; Ausweispflicht bei Kauf einer SIM-Karte stellt einen begrenzten Eingriff in die Rechte der Bf dar; Ziel der Zwangsidentifizierung ist der Schutz der nationalen Sicherheit

30.01.2020, Beschwerde Nr [9671/15 ua](#), *J.M.B. ua / Frankreich*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Verletzung** von **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **menschenunwürdige Haftbedingungen** und überbelegte Zellen in Gefängnissen in Frankreich; keine Privatsphäre bei der Benützung der Sanitäranlagen; keine ausreichende Bewegungsfreiheit außerhalb der Zellen; **keine Wirksamkeit** der zur Verfügung stehenden **Rechtsbehelfe**; **Hindernisse** bei der sofortigen **Beendigung schwerer Grundrechtsverletzungen** aufgrund der Überbelegung und des baufälligen Zustands der Gefängnisse

30.01.2020, Beschwerde Nr [14057/17](#), *Sukachov / Ukraine*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Verletzung** von **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **menschenunwürdige Haftbedingungen** während der Untersuchungshaft in ukrainischen Gefängnissen; **strukturelle Probleme** in den Gefängnissen seit dem Jahr 2005; Aufforderung der ukrainischen Behörden durch den EGMR, einen wirksamen Rechtsbehelf gegen Haftbedingungen zu schaffen; Auflistung von Maßnahmen zur Bewältigung des strukturellen Problems durch den EGMR

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Mag. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.